

MEDIENSPIEGEL

Presseveranstaltung im technischen Museum am 13.10. zu Humanitären Krisen

1. Übersicht:

1.1 TV

- ZIB 13.00
- ZIB 17.00
- ZIB 1
- ZIB 20.00
- Puls4 Beitrag angekündigt

1.2 Radio

- Ö1 Mittagsjournal
- Ö1 Abendjournal
- Radio Max (Billa, Merkur)

1.3. Online Medien

- Kurier
- Heute
- News
- Wiener Zeitung

1.4 Printmedien

- Kurier
- Österreich

2. Berichte

2.1 TV

ZIB 13.00

<http://tvthek.orf.at/program/ZIB-13/71280/ZIB-13/8586441>



ZIB 13 Mo, 13.10.2014 13.00 Uhr 17:05 Min.

Hilfsorganisationen fordern 20 Millionen Euro
| 01:09 Min.
Die österreichischen Hilfsorganisationen fordern von der Bundesregierung mehr Geld für die Auslandskatastrophenhilfe. Derzeit liegt diese im internationalen Vergleich bei bescheidenen 5 Millionen Euro pro Jahr.

> abspielen > versenden

▶ **Türkei setzt wichtige Schritte im Kampf gegen IS**
| 01:19 Min.

▶ **Proteste in Hongkong** | 00:57 Min.

00:41 | 01:09



ZIB 13 Mo, 13.10.2014 13.00 Uhr 17:05 Min.

Hilfsorganisationen fordern 20 Millionen Euro
| 01:09 Min.
Die österreichischen Hilfsorganisationen fordern von der Bundesregierung mehr Geld für die Auslandskatastrophenhilfe. Derzeit liegt diese im internationalen Vergleich bei bescheidenen 5 Millionen Euro pro Jahr.

> abspielen > versenden

▶ **Türkei setzt wichtige Schritte im Kampf gegen IS**
| 01:19 Min.

▶ **Proteste in Hongkong** | 00:57 Min.

ZIB 13.00 Annelies Vilim
Geschäftsführerin Dachverband der Hilfsorganisationen

00:55 | 01:09

ZIB 17.00

<http://tvthek.orf.at/program/ZIB-17/71284/ZIB-17/8580570>



ZIB 17 Mo, 13.10.2014 17.00 Uhr 05:27 Min.

Hilfsorganisationen fordern Hilfsgeld-Aufstockung
| 00:57 Min.
Die österreichischen Hilfsorganisationen fordern von der Bundesregierung mehr Geld für die Auslandskatastrophenhilfe. Derzeit liegt diese bei bescheidenen fünf Millionen Euro pro Jahr.

> abspielen > versenden

▶ **Flughafen Wien: Australischer Investor interessiert**
| 00:40 Min.

▶ **Vorschau heute österreich** | 00:28 Min.

▶ **Wetter | Verabschiedung** | 00:33 Min.

Mehr Geld für Hilfe
ZIB 17.00

00:04 | 00:57

ZIB 1

<http://tvthek.orf.at/program/Zeit-im-Bild/1203/Zeit-im-Bild/8587405>



Zeit im Bild Mo, 13.10.2014 19.30 Uhr 17:40 Min.

ZIB Michael Chalupka
Direktor Diakonie Österreich

01:12 | 01:26

UT

- ▼ **Österreich: Mehr Geld für Hilfsorganisationen?** | 01:26 Min.
Für alle diese humanitären Krisen scheint zu wenig Geld da zu sein, geht es nach den österreichischen Hilfsorganisationen. Sie verlangen ein Aufstocken des Fonds.
> abspielen > versenden
- ▶ **Meldungsblock** | 01:05 Min.
- ▶ **Massenprozess in Graz** | 01:34 Min.
- ▶ **Neues Buch von Ken Follett** | 01:22 Min.



Zeit im Bild Mo, 13.10.2014 19.30 Uhr 17:40 Min.

ZIB Christoph Schweifer
Leiter Auslandshilfe Caritas

00:47 | 01:26

UT

- ▼ **Österreich: Mehr Geld für Hilfsorganisationen?** | 01:26 Min.
Für alle diese humanitären Krisen scheint zu wenig Geld da zu sein, geht es nach den österreichischen Hilfsorganisationen. Sie verlangen ein Aufstocken des Fonds.
> abspielen > versenden
- ▶ **Meldungsblock** | 01:05 Min.
- ▶ **Massenprozess in Graz** | 01:34 Min.
- ▶ **Neues Buch von Ken Follett** | 01:22 Min.

ZIB 20.00

<http://tvthek.orf.at/program/ZIB-20/1218/ZIB-20/8587622>



ZIB 20 Mo, 13.10.2014 20.00 Uhr 07:43 Min.

ZIB 20.00

00:16 | 01:20

- ▼ **Hilfsorganisationen schlagen Alarm** | 01:20 Min.
Fünf Millionen Euro wurden bisher für Auslands-Katastrophen-Hilfe zur Verfügung gestellt - 20 Millionen sollten es mindestens sein, heißt es von Caritas und Co. Hilfsorganisationen schlagen Alarm.
> abspielen > versenden
- ▶ **Essl-Sammlung: Versteigerung in London** | 00:39 Min.
- ▶ **Gehirnerschütterung von Hinterseer** | 01:17 Min.
- ▶ **Verabschiedung** | 00:20 Min.

2.2 Radio

Ö1 Mittagsjournal

<http://oe1.orf.at/artikel/388873>

NGOs: Auslandshilfe aufstocken

Knapp 60 Cent pro Einwohner, insgesamt fünf Millionen Euro, zahlt die österreichische Bundesregierung in den Auslands-Katastrophenfonds ein, aus dem humanitäre Hilfe Österreichs in Krisenregionen bezahlt wird. Nicht-Regierungsorganisationen wie Rotes Kreuz, Caritas, Care und Diakonie forderten heute erneut, den Katastrophenfonds aufzustocken. Denn die Krisen weltweit nehmen zu, nur gebe es kein Geld, um Menschen zu helfen.

Ö1 Abendjournal

<http://oe1.orf.at/programm/384987>

2.3 Online Medien

Kurier.at

<http://kurier.at/politik/inland/helfer-schlagen-alarm-geld-fehlt/90.936.344>

The screenshot shows a web browser displaying a news article on the Kurier.at website. The article title is "Helfer schlagen Alarm: Geld fehlt" (Helpers sound the alarm: Money is missing). The sub-headline reads "20 statt fünf Millionen: Die geplante Aufstockung des Hilfsfonds wurde eingespart." (20 instead of five million: The planned increase of the aid fund was cut). The article text begins with "Angesichts zahlreicher internationaler Krisen urgieren österreichische Hilfsorganisationen die Aufstockung des Katastrophenhilfsfonds von fünf auf 20 Millionen Euro. Diese ist zwar im Regierungsübereinkommen vorgesehen, mittlerweile aber dem Sparstift zum Opfer gefallen." (In view of numerous international crises, Austrian aid organizations urge the increase of the disaster relief fund from five to 20 million euros. This is provided for in the government agreement, but has so far fallen victim to the savings drive). A quote from Annelies Vilim, head of the Dachverband Globale Verantwortung, is included: "Als 'beschämend' bezeichnete Annelies Vilim, Geschäftsführerin des Dachverbands Globale Verantwortung, den Betrag von fünf Millionen Euro. Der Dachverband vertritt die Interessen von 42 NGOs und hat die Kampagne 'Stiftungspakt' ins Leben gerufen." (Annelies Vilim, head of the Dachverband Globale Verantwortung, described the amount of five million euros as "disgraceful". The Dachverband represents the interests of 42 NGOs and has launched the campaign "Stiftungspakt"). The article is accompanied by a photo of several people holding signs and a sidebar with a "ZURICH connect" advertisement. The browser's address bar shows the URL: "http://kurier.at/politik/inland/helfer-schlagen-alarm-geld-fehlt/90.936.344".

Helfer schlagen Alarm: Geld fehlt 20 statt fünf Millionen: Die geplante Aufstockung des Hilfsfonds wurde eingespart.

Angesichts zahlreicher internationaler Krisen urgieren österreichische Hilfsorganisationen die Aufstockung des Katastrophenhilfsfonds von fünf auf 20 Millionen Euro. Diese ist zwar im Regierungsübereinkommen vorgesehen, mittlerweile aber dem Sparstift zum Opfer gefallen.

Als "beschämend" bezeichnete Annelies Vilim, Geschäftsführerin des Dachverbands Globale Verantwortung, den Betrag von fünf Millionen Euro. Der Dachverband vertritt die Interessen

von 42 NGOs und hat die Kampagne "Mir wurscht?" ins Leben gerufen. In deren Rahmen richteten Vertreter der Organisationen vor Journalisten im Technischen Museum in Wien - symbolträchtig vor antiquierten Feuerlöschwagen - den Appell an die Regierung, mehr Geld zur Verfügung zu stellen.

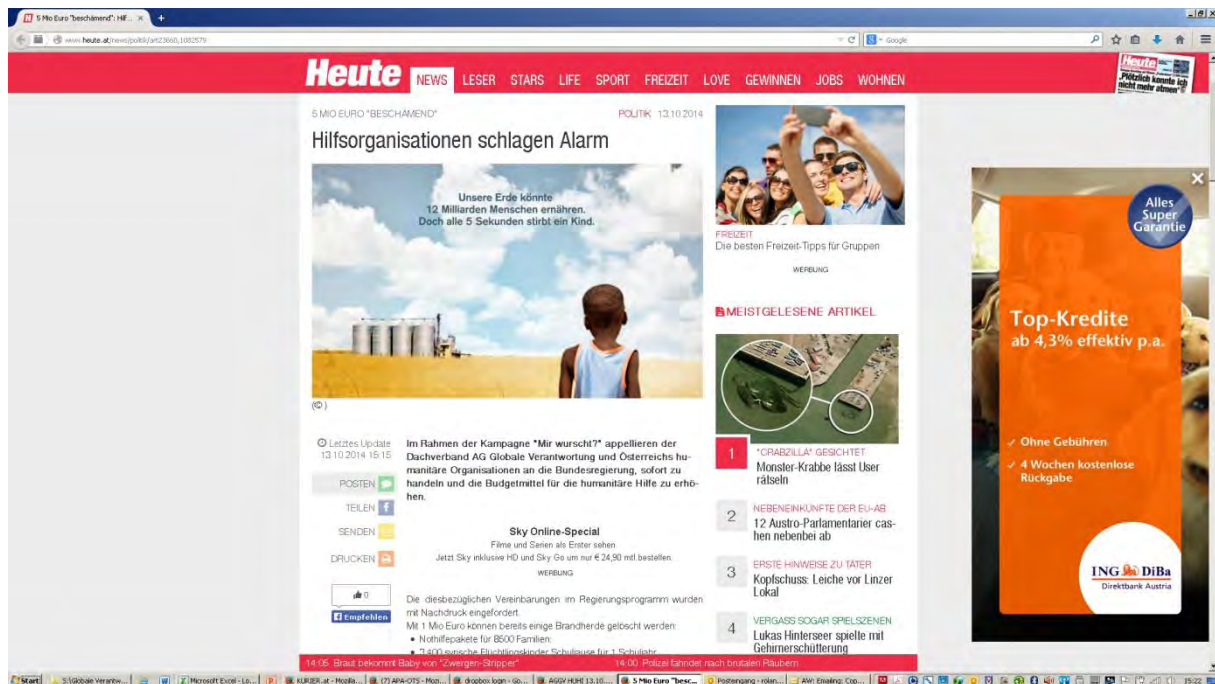
Rotkreuz-Generalsekretär Werner Kerschbaum fordert die Aufstockung des Fonds zur Bekämpfung von Ebola. In Westafrika sind bisher mehr als 4.000 Menschen an der Viruserkrankung gestorben. Was die Bekämpfung der Epidemie so schwierig macht und großen Aufwand erfordert, sind einerseits das mangelhafte Gesundheitssystem in den am meisten betroffenen Staaten und die Tatsache, dass die Epidemie erstmals in dicht besiedelten Gebieten auftritt. Andererseits sind es kulturelle Gepflogenheiten: So ist es Brauch, dass Angehörige Körperkontakt zu Verstorbene haben. Hier müssen die Hilfsorganisationen massiv Aufklärungsarbeit leisten, betonte Kerschbaum.
Kritik von Diakonie

Im Bürgerkriegsland Syrien, in dem heftige Kämpfe zwischen Kurden und der Terrormiliz "Islamischer Staat" (IS) toben, sind nach den Worten von Diakonie-Direktor Michael Chalupka zwölf Millionen Menschen auf humanitäre Hilfe angewiesen. Im Nordirak sind 1,2 Millionen Menschen vor dem IS auf der Flucht. "Die fünf Millionen Euro sind weniger, als die Spender im Rahmen der Aktion 'Nachbar in Not' für die Region aufgebracht haben", erklärte die Direktor der Diakonie. Er ortet ein "völliges Versagen der österreichischen Bundesregierung in dieser Situation". Die eine Million Euro, die Außenminister Sebastian Kurz (ÖVP) aus dem Fonds für Soforthilfe im Nordirak zur Verfügung stellte, wiegt nach Ansicht von Chalupka nicht das Minus Österreichs nach Spendenappellen der UNO für Syrien auf. Denn einer Oxfam-Studie zufolge nur 26 Prozent der erbetenen Spenden zur Verfügung gestellt.

Sebastian Corti, Geschäftsführer von World Vision, ist mit einer Syrerin verheiratet und hat im Libanon gelebt. Das kleine Land mit 4,6 Millionen Einwohnern hat nach offiziellen Zahlen 1,2 Millionen syrische Flüchtlinge aufgenommen. Das entspräche drei Millionen Flüchtlingen in Österreich. Niemand verlasse sein Land freiwillig. "Die Menschen wollen nicht eine soziale Hängematte, von der sie wissen, dass es sie nicht gibt", sagte Corti. Über eine Aufstockung des Fonds im geforderten Ausmaß würde sich seiner Überzeugung nach niemand beschweren: Es wären 2,60 Euro pro Österreicher und Jahr statt 50 Cent.
Winter in der Ukraine

Eine sofortige Sonderdotierung des fast leeren Katastrophenfonds forderte Christoph Schweifer von der Caritas angesichts des bevorstehenden Winters in der Ukraine: Nach den Kämpfen im Osten haben 400.000 Menschen das Land verlassen, dazu gibt es ungefähr die selbe Anzahl an Binnenflüchtlingen. Sie sind unter anderem bei Verwandten und in nicht beheizbaren Ferienlagern untergebracht. Schweifer sieht einen "Wettlauf gegen de Zeit".

Care-Geschäftsführerin Andrea Wagner-Hager erinnerte an die Situation im Südsudan. Dort werden Anfang kommenden Jahres schätzungsweise eine Million Menschen unter Mangelernährung leiden. Vor Kämpfen zwischen Aufständischen und Regierungstruppen sind eineinhalb Millionen Menschen auf der Flucht. Sie haben ihr Vieh, Getreide und Saatgut verkaufen müssen.



5 Mio Euro "beschämend" Hilfsorganisationen schlagen Alarm

Im Rahmen der Kampagne "Mir wurscht?" appellieren der Dachverband AG Globale Verantwortung und Österreichs humanitäre Organisationen an die Bundesregierung, sofort zu handeln und die Budgetmittel für die humanitäre Hilfe zu erhöhen.

Die diesbezüglichen Vereinbarungen im Regierungsprogramm wurden mit Nachdruck eingefordert.

Mit 1 Mio Euro können bereits einige Brandherde gelöscht werden:

- Nothilfepakete für 8500 Familien:
- 3.400 syrische Flüchtlingskinder Schuljaure für 1 Schuljahr
- Nothilfe für 5.000 Flüchtlingsfamilien im Nahen Osten.
- Wiederaufbau von 100 komplett zerstörten Familienhäusern, 35 Häuser renoviert und 455 Familien mit landwirtschaftlichen Geräten und Saatgut unterstützt werden.
- Bis zu 100.000 Menschen könnten in Pakistan auf den Katastrophenfall vorbereitet werden
- Für 21.000 Menschen notwendige medizinische Hilfe im Südsudan
- 4 Monate Überlebenshilfe für 25.000 Syrische Flüchtlinge



Ebola, Flüchtlinge und Co.: Mehr Geld für Auslandshilfe?

Osterreichische Hilfsorganisationen fordern Aufstockung des Katastrophenhilfefonds

JETZT LESEN



PAKET
Teilpension wird verschoben auf Frühjahr 2015
Hündstorfer: Verhandlungen über Bonus-Malus-System laufen noch



MILITÄR
Neue Umfrage: Doch Ja zu Berufsheer

Empfohlen 0 Twittern 0 +1 0

Angesichts zahlreicher internationaler Krisen urgieren österreichische Hilfsorganisationen die Aufstockung des Katastrophenhilfefonds von fünf auf 20 Millionen Euro. Diese ist zwar im Regierungsübereinkommen vorgesehen, mittlerweile aber dem Sparstift zum Opfer gefallen.

Zerfällt der EUR in 2015?

Haben Sie ein Vermögen über 250T€? Jetzt kostenlose Studie anfordern!

Als "beschämend" bezeichnete Annelies Vilim, Geschäftsführerin des Dachverbands Globale Verantwortung, den Betrag von fünf Millionen Euro. Der Dachverband vertritt die Interessen von 42 NGOs und hat die Kampagne "Mir wurscht?" ins Leben gerufen. In deren Rahmen richteten Vertreter der Organisationen vor Journalisten im Technischen Museum in Wien - symbolträchtig vor antiquierten Feuerlöschwagen - den Appell an die Regierung, mehr Geld zur Verfügung zu stellen.

Ebola, Flüchtlinge und Co.: Mehr Geld für Auslandshilfe? Österreichische Hilfsorganisationen fordern Aufstockung des Katastrophenhilfefonds

Angesichts zahlreicher internationaler Krisen urgieren österreichische Hilfsorganisationen die Aufstockung des Katastrophenhilfefonds von fünf auf 20 Millionen Euro. Diese ist zwar im Regierungsübereinkommen vorgesehen, mittlerweile aber dem Sparstift zum Opfer gefallen.

Als "beschämend" bezeichnete Annelies Vilim, Geschäftsführerin des Dachverbands Globale Verantwortung, den Betrag von fünf Millionen Euro. Der Dachverband vertritt die Interessen von 42 NGOs und hat die Kampagne "Mir wurscht?" ins Leben gerufen. In deren Rahmen richteten Vertreter der Organisationen vor Journalisten im Technischen Museum in Wien - symbolträchtig vor antiquierten Feuerlöschwagen - den Appell an die Regierung, mehr Geld zur Verfügung zu stellen.
Aufstockung gefordert

Rotkreuz-Generalsekretär Werner Kerschbaum fordert die Aufstockung des Fonds zur Bekämpfung von Ebola. In Westafrika sind bisher mehr als 4.000 Menschen an der Viruserkrankung gestorben. Was die Bekämpfung der Epidemie so schwierig macht und großen Aufwand erfordert, sind einerseits das mangelhafte Gesundheitssystem in den am meisten betroffenen Staaten und die Tatsache, dass die Epidemie erstmals in dicht besiedelten Gebieten auftritt. Andererseits sind es kulturelle Gepflogenheiten: So ist es Brauch, dass Angehörige Körperkontakt zu Verstorbene haben. Hier müssen die Hilfsorganisationen massiv Aufklärungsarbeit leisten, betonte Kerschbaum.

Im Bürgerkriegsland Syrien, in dem heftige Kämpfe zwischen Kurden und der Terrormiliz "Islamischer Staat" (IS) toben, sind nach den Worten von Diakonie-Direktor Michael Chalupka zwölf Millionen Menschen auf humanitäre Hilfe angewiesen. Im Nordirak sind 1,2 Millionen Menschen vor dem IS auf der Flucht. "Die fünf Millionen Euro sind weniger, als die Spender im Rahmen der Aktion 'Nachbar in Not' für die Region aufgebracht haben", erklärte die Direktor der Diakonie. Er ortet ein "völliges Versagen der österreichischen Bundesregierung in dieser Situation". Die eine Million Euro, die Außenminister Sebastian Kurz (ÖVP) aus dem Fonds für Soforthilfe im Nordirak zur Verfügung stellte, wiegt nach Ansicht von Chalupka nicht das Minus Österreichs nach Spendenappellen der UNO für Syrien auf. Denn einer Oxfam-Studie zufolge nur 26 Prozent der erbetenen Spenden zur Verfügung gestellt.

Sebastian Corti, Geschäftsführer von World Vision, ist mit einer Syrerin verheiratet und hat im Libanon gelebt. Das kleine Land mit 4,6 Millionen Einwohnern hat nach offiziellen Zahlen 1,2 Millionen syrische Flüchtlinge aufgenommen. Das entspräche drei Millionen Flüchtlingen in Österreich. Niemand verlasse sein Land freiwillig. "Die Menschen wollen nicht eine soziale Hängematte, von der sie wissen, dass es sie nicht gibt", sagte Corti. Über eine Aufstockung des Fonds im geforderten Ausmaß würde sich seiner Überzeugung nach niemand beschweren: Es wären 2,60 Euro pro Österreicher und Jahr statt 50 Cent.
Sofortige Sonderdotierung

Eine sofortige Sonderdotierung des fast leeren Katastrophenfonds forderte Christoph Schweifer von der Caritas angesichts des bevorstehenden Winters in der Ukraine: Nach den Kämpfen im Osten haben 400.000 Menschen das Land verlassen, dazu gibt es ungefähr die selbe Anzahl an Binnenflüchtlingen. Sie sind unter anderem bei Verwandten und in nicht beheizbaren Ferienlagern untergebracht. Schweifer sieht einen "Wettlauf gegen de Zeit".

Care-Geschäftsführerin Andrea Wagner-Hager erinnerte an die Situation im Südsudan. Dort werden Anfang kommenden Jahres schätzungsweise eine Million Menschen unter Mangelernährung leiden. Vor Kämpfen zwischen Aufständischen und Regierungstruppen sind eineinhalb Millionen Menschen auf der Flucht. Sie haben ihr Vieh, Getreide und Saatgut verkaufen müssen.



Katastrophenhilfefonds

"Die Brandherde müssen umgehend gelöscht werden"

Angesichts der weltweiten Krisen ürgieren Hilfsorganisationen eine Aufstockung des österreichischen Katastrophenhilfefonds.

Wien. (temp/apa) Der Ort hätte symbolträchtiger nicht sein können: Vor Feuerlöschwagen im Technischen Museum in Wien appellierten Hilfsorganisationen am Montag an die Bundesregierung, den Auslandskatastrophenhilfefonds von fünf auf 20 Millionen Euro aufzustocken. "Die Brandherde müssen umgehend gelöscht werden", sagte Annelies Vilim, Geschäftsführerin des Dachverbands Globale Verantwortung, der die Interessen von 42 NGOs vertritt. Damit sprach sie aktuelle Krisen wie den Krieg in Syrien, den Bürgerkrieg in der Ukraine, die Unruhen im Libanon, Flüchtlingskatastrophen und Ebola an.

Die Aufstockung des Fonds auf 20 Millionen Euro ist zwar im Regierungsübereinkommen vom Dezember des Vorjahres vorgesehen - sie ist allerdings dem Sparkurs zum Opfer gefallen. "Die Krisen sind aber immer noch da und werden täglich mehr. Deshalb schlagen wir Alarm", so Vilim.

In Sachen Entwicklungshilfe hält sich Österreich im EU-Vergleich nämlich mehr als zurück. Erst Anfang dieses Monats hat der EU-Kommissar Andris Piebalgs Österreich in die Pflicht genommen. Statt der mit der UNO vereinbarten 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes gibt Österreich lediglich 0,28 Prozent für Entwicklungshilfe aus. Der EU-Schnitt liegt bei 0,43 Prozent.

Eine Verbesserung der Situation ist jedoch nicht in Sicht. Ganz im Gegenteil. Denn das Budget 2014 sieht 82 Millionen Euro für Entwicklungs- und Auslandskatastrophenhilfe vor, das ist so viel wie im Vorjahr. Im nächsten Jahr soll dieser Posten sogar auf 65,4 Millionen

Euro sinken, darüber hinaus sollen die Zuwendungen an internationale Hilfsorganisationen und UNO-Friedensmissionen massiv gekürzt werden.

Geringeres Budget

Der Grund dafür ist der mehrjährige Budgetfahrplan, wonach das Außenministerium im kommenden Jahr nur noch 399,1 Millionen Euro ausgeben darf. Für heuer sind es 409,5 Millionen Euro.

Dennoch forderten die NGOs am Montag geschlossen die Aufstockung des Auslandskatastrophenhilfefonds. Allein an Ebola seien in Westafrika bereits mehr als 4000 Menschen gestorben, sagte Rotkreuz-Generalsekretär Werner Kerschbaum. Das mangelhafte Gesundheitssystem in den am meisten betroffenen Staaten und die Tatsache, dass die Epidemie erstmals in dicht besiedelten Gebieten auftritt, mache die Bekämpfung der Epidemie besonders schwierig. Auch kulturelle Gepflogenheiten seien ein Problem: So ist es Brauch, dass Angehörige Körperkontakt zu Verstorbenen haben. Hier müssten die Hilfsorganisationen enorme Aufklärungsarbeit leisten, sagte Kerschbaum.

Im Bürgerkriegsland Syrien, in dem heftige Kämpfe zwischen Kurden und der Terrormiliz "Islamischer Staat" (IS) toben, sind laut Diakonie-Direktor Michael Chalupka zwölf Millionen Menschen auf Hilfe angewiesen. Im Nordirak sind 1,2 Millionen Menschen vor dem IS auf der Flucht. "Die fünf Millionen Euro sind weniger, als die Spender im Rahmen der Aktion ‚Nachbar in Not‘ für die Region aufgebracht haben", sagte Chalupka über die Höhe des Katastrophenhilfefonds.

"Geld hat kein Mascherl"

Das Außenministerium sieht die Definition der Katastrophenhilfe nicht ganz so eng. "Unsere Linie ist ganz klar: Wenn Not am Mann ist, müssen wir nach Möglichkeiten suchen, gewisse Mittel zur Verfügung zu stellen. Dabei geht es nicht ums Mascherl, woher das Geld kommt", heißt es auf Nachfrage der "Wiener Zeitung" vonseiten des Ministeriums. Wenn der Katastrophenhilfefonds also auch nicht aufgestockt wird, heiße das nicht, dass Österreich bei Katastrophen nicht hilft.

2.4 Printmedien

Kurier, 14.10.

Hilfsorganisationen brauchen mehr Geld

Krisenbekämpfung. Angesichts der weltweit zunehmenden Krisen schlagen österreichische Hilfsorganisationen Alarm. Sie fordern die Aufstockung des Katastrophenhilfefonds von fünf auf 20 Millionen Euro. Eine Aufstockung ist zwar im Regierungsübereinkommen vorgesehen, mittlerweile aber dem Sparprogramm zum Opfer gefallen. Das sei „beschämend“, klagt Annelies Vilim, Geschäftsführerin des Dachverbandes Globale Verantwortung. Rot-Kreuz-Generalsekretär Werner Kerschbaum verlangt mehr Geld für die Bekämpfung von Ebola.

Österreich, 14.10.

**Österreich leistet viel zu wenig Hilfe
NGOs fordern mehr Geld**

NGO-Vertreter sprechen von „zynischen Sparmaßnahmen“ bei Auslands-Katastrophen.

Wien. „Es gibt kein Geld mehr im Auslands-Katastrophenfonds“, beklagt Christoph Schweifer von der Caritas. Gemeinsam mit anderen Vertretern von NGOs forderte er nun lautstark eine sofortige Sonderdotierung. Die Bundesregierung habe ursprünglich eine Aufstockung des Fonds um 20 Millionen Euro versprochen. Geld soll allerdings bis dato noch keines geflossen sein.